Bericht aus der Kabinettssitzung vom 28. Juni 2016

28. Juni 2016

1. Kabinett berät mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann Folgen der Referendumsentscheidung in Großbritannien und aktuelle Themen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik

2. Kabinett fordert bei Austritt Großbritanniens aus EU nahtlose Anschlussregelung und stärkere Konzentration Europas auf zentrale Fragen / Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber: „Vor allem für Unternehmen dürfen jetzt keine Unsicherheiten entstehen“ / Europaministerin Dr. Beate Merk: „Richtige Folgerungen aus Referendum ziehen / Europäische Union muss die großen, zentralen Fragen angehen und so Vertrauen in Handlungsfähigkeit schaffen“

3. Programm zur Förderung von Gründerzentren und Netzwerkaktivitäten im Bereich Digitalisierung / Wirtschaftsministerin Ilse Aigner stellt Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zu den digitalen Gründerzentren vor: „Digitalisierung in der Fläche stärken“

4. Brigitta Brunner wird Regierungspräsidentin von Oberbayern

1. Kabinett berät mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann Folgen der Referendumsentscheidung in Großbritannien und aktuelle Themen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik

Das Bayerische Kabinett hat sich heute mit Bundesbankpräsident Jens Weidmann über die Folgen der Referendumsentscheidung in Großbritannien und aktuelle Themen der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik ausgetauscht. Im Mittelpunkt stand neben den Auswirkungen des „Brexit“ auf die bayerische und deutsche Wirtschaft auch die aktuelle Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank.
Zum Seitenanfang

2. Kabinett fordert bei Austritt Großbritanniens aus EU nahtlose Anschlussregelung und stärkere Konzentration Europas auf zentrale Fragen / Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber: „Vor allem für Unternehmen dürfen jetzt keine Unsicherheiten entstehen“ / Europaministerin Dr. Beate Merk: „Richtige Folgerungen aus Referendum ziehen / Europäische Union muss die großen, zentralen Fragen angehen und so Vertrauen in Handlungsfähigkeit schaffen“

Das Kabinett fordert bei einem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union eine nahtlose Anschlussregelung für die künftigen Beziehungen. Staatskanzleiminister Dr. Marcel Huber: „Bayern hat ein hohes Interesse daran, dass sich das Verhältnis Europas zu Großbritannien auch künftig gut gestaltet. Das Vereinigte Königreich bleibt ein wichtiger Partner in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik. Großbritannien war 2015 mit einem Außenhandelsvolumen von
15,5 Milliarden Euro zweitwichtigster Handelspartner Bayerns nach den USA und vor China, Österreich und Frankreich. Das entspricht 8,7% der bayerischen Exporte. Im Hinblick auf die notwendigen Gespräche nach dem Referendum dürfen jetzt vor allem für Unternehmen keine Unsicherheiten entstehen." Huber unterstrich, dass die Entscheidung der Mehrheit der Bevölkerung in Großbritannien zu respektieren sei. Das Ergebnis des Referendums erfordere aber jetzt zuerst eine innenpolitische Neuorientierung im Vereinten Königreich. Dafür solle Großbritannien eine angemessene Zeit eingeräumt werden.

Europaministerin Dr. Beate Merk: „Das Ergebnis des Referendums wirft auch Fragen zur Zukunft des Europäischen Einigungsprojekts insgesamt auf. Hier kommt es darauf an, sachlich und Schritt für Schritt die richtigen Folgerungen aus dem Referendum zu ziehen. Der Europäische Rat am 28./29. Juni ist dafür ein erstes wichtiges Forum." Das Kabinett habe heute erneut eine stärkere Konzentration Europas auf die großen, zentralen Fragen gefordert, so Merk. „Die Europäische Union muss die großen, zentralen Fragen angehen. Dazu gehört die Bewältigung der Flüchtlingskrise mit einer Reform des Asylsystems, ein stärkerer Schutz der Außengrenzen, eine engere Zusammenarbeit in der der Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Stärkung der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Union." Nur als Gemeinschaft könnten sich die europäischen Staaten in der Welt behaupten, unterstrich die Ministerin. „Erst wenn die Europäische Union Fortschritte bei der Lösung dieser konkreten Fragen macht, schafft sie auch das notwendige Vertrauen der Menschen in ihre Handlungsfähigkeit und Stabilität", so Merk.
Zum Seitenanfang

3. Programm zur Förderung von Gründerzentren und Netzwerkaktivitäten im Bereich Digitalisierung / Wirtschaftsministerin Ilse Aigner stellt Ergebnisse des Wettbewerbsverfahrens zu den digitalen Gründerzentren vor: „Digitalisierung in der Fläche stärken"

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat in der heutigen Kabinettssitzung das Ergebnis des Wettbewerbs über digitale Gründerzentren in den bayerischen Regionen vorgestellt. Ministerin Aigner: „Die Standorte für die digitalen Gründerzentren stehen fest. Ich freue mich, dass neun Bewerbungen die Expertenjury besonderes überzeugt haben." Nach den Worten der Ministerin sind dies:

- Niederbayern (Gesamtantrag des Regierungsbezirkes mit Passau, Landshut und Deggendorf)
- Regensburg zusammen mit Amberg und Weiden (Oberpfalz)
- Nürnberg (Mittelfranken)
- Würzburg zusammen mit Schweinfurt und Bad Kissingen (Unterfranken)
- Schwaben (Gesamtantrag des Regierungsbezirkes mit Augsburg und Kempten)
- Ingolstadt (Oberbayern)
- Rosenheim (Oberbayern)
- Bamberg (Oberfranken)
- Hof (Oberfranken)

Das Ziel, Gründerzentren und Netzwerkaktivitäten in ganz Bayern auszubauen, werde damit in hervorragender Weise erreicht. Aigner: „Aus jedem Regierungsbezirk ist mindestens ein förderfähiger Antrag zum Zug gekommen – aus Oberfranken und Oberbayern sogar zwei. Damit stärken wir die Digitalisierung in der Fläche und machen alle bayerischen Regionen fit für die Zukunft. Die Anträge haben gezeigt, dass es auch außerhalb der Metropolregionen ein erhebliches Potenzial für Existenzgründungen und Digitalisierung gibt."

Wirtschaftsministerin Aigner zieht damit insgesamt ein positives Fazit des Wettbewerbs: „Ich bin mir sicher, dass wir ausgehend von den neuen Gründerzentren einen enormen Schub bei der Digitalisierung und bei der Existenzgründung erleben werden. Die enge Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft, von jungen Gründern mit bestehenden Unternehmen und Kapital in allen Regionen Bayerns ist ein Erfolgsrezept für Innovation. An den ausgewählten Standorten können wir jetzt richtig durchstarten." Der Ministerrat sprach sich zudem dafür aus, Gründerzentren auch in Cham (Oberpfalz), Westmittelfranken und am Bayerischen Untermain (Unterfranken) zu realisieren.

Mit dem Programm zur Förderung von Gründerzentren, Netzwerkaktivitäten und Unternehmensneugründungen im digitalen Bereich in Höhe von 80 Millionen Euro stellt die Staatsregierung die Weichen, um die Digitalisierung in allen Regierungsbezirken noch stärker voranzubringen. Das in Deutschland einmalige Programm unterstützt digitale Gründer mit der erforderlichen Infrastruktur, schafft Netzwerke und macht Gründer fit für den Markt. Im Rahmen des Programms wird in jedem Regierungsbezirk mindestens ein Gründerzentrum im Bereich Digitalisierung etabliert, das Gründer in Kooperation mit Hochschule und Wirtschaft und mit Unterstützung der Kommune gezielt fördert.

Im Wettbewerbsverfahren zur Auswahl der Standorte waren Kommunen, Hochschulen und Privateinrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht aufgerufen, Konzepte einzureichen.
Zum Seitenanfang

4. Brigitta Brunner wird Regierungspräsidentin von Oberbayern

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung die derzeitige Leiterin der Abteilung „Verfassungsschutz, Cybersicherheit“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern Ministerialdirigentin Brigitta Brunner mit Wirkung vom 1. Juli 2016 zur Regierungspräsidentin von Oberbayern ernannt. Der bisherige Regierungspräsident von Oberbayern Christoph Hillenbrand wird zum selben Zeitpunkt Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofs.
Zum Seitenanfang

Pressemitteilung Nr. 186 vom 28. Juni 2016

(0 b)